

Online-Texte der Evangelischen Akademie Bad Boll

Kairos-Palästina-Dokument: 3 Beiträge

1. Eine Stellungnahme aus dem christlich-jüdischen Dialog
von Pfr. Friedhelm Pieper
2. Interview mit der israelischen Friedensaktivistin Iris Hefets
von Wiltrud Rösch-Metzler
3. Kaum bei uns bekannt: Brief von 26 Spitzenpolitikern an den
EU-Ratspräsidenten

Ein Beitrag aus der Tagung:

Zeit zu handeln

Konsequenzen aus dem Kairos-Palästina-Dokument

Bad Boll, 20. – 22. Mai 2011, Tagungsnummer: 430511

Tagungsleitung: Dr. Manfred Budzinski, Wiltrud Rösch-Metzler, Dr. Albrecht Haizmann, Andreas Maurer

Bitte beachten Sie:

Dieser Text ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers/der Urheberin bzw. der Evangelischen Akademie Bad Boll.

© 2011 Alle Rechte beim Autor/bei der Autorin dieses Textes

Eine Stellungnahme der Evangelischen Akademie Bad Boll ist mit der Veröffentlichung dieses Textes nicht ausgesprochen.

Evangelische Akademie Bad Boll
Akademieweg 11, D-73087 Bad Boll
E-Mail: info@ev-akademie-boll.de
Internet: www.ev-akademie-boll.de

1. "Kein theologischer Deckmantel über die Sünde der Besatzung" – Eine Stellungnahme aus dem christlich-jüdischen Dialog von Pfr. Friedhelm Pieper – Mai 2011
Seite 2
2. "Man greift zu Boykott, wenn die Politik versagt hat." Interview mit der in Berlin lebenden israelischen Friedensaktivistin Iris Hefets von Wiltrud Rösch-Metzler
Seite 7
3. Kaum bei uns bekannt: Brief von 26 Elder Statesmen an den Präsidenten des Europarats vom 2. Dezember 2010
Seite 11

1. "Kein theologischer Deckmantel über die Sünde der Besatzung" – Eine Stellungnahme aus dem christlich-jüdischen Dialog von Pfr. Friedhelm Pieper – Mai 2011

1. Der Nahostkonflikt und der christlich-jüdische Dialog

Ich bin gebeten worden, als ein Vertreter des christlich-jüdischen Dialogs an dieser Tagung teilzunehmen und zu dem palästinensischen Kairos-Papier Stellung zu nehmen. Ich habe dem zugestimmt, weil der Nahostkonflikt seit langem ein zentrales Thema im christlich-jüdischen Dialog ist. Und auch, weil wir im Dialog wahrnehmen, dass unter Palästinensern die Befürchtung oder auch die Kritik zum Ausdruck kommt, dass der christlich-jüdische Dialog und die Bemühungen um eine "Theologie nach dem Holocaust" sich zu ihren Lasten entfalten. Dass also die zentrale theologische Arbeit zur Überwindung der traditionellen kirchlichen "Enterbungstheologie", wonach die Kirche anstelle des Volkes Israel als "erwähltes Volk" getreten sei, in Bezug auf die Palästinenser nun gar eine "Vertreibungstheologie" zur Folge haben könne. So schreiben die Kairos-Autoren in einem Brief an den Internationalen Rat der Christen und Juden: "Wir möchten nicht, dass die Ablehnung einer "Ablösetheologie" in eine "Vertreibungstheologie" umgewandelt wird": "We do not want the rejection of a "replacement theology" to be transformed into a "displacement theology".

Grund genug also - finde ich - für offene Gespräche nicht nur über das Kairos-Papier, sondern mit Palästinenserinnen und Palästinensern sowie mit Israelis und den verschiedenen auf das "Heilige Land" bezogenen Gruppen und Personen unter Juden, Christen und Muslimen über all die hier anstehenden Fragen.

Ich lese das "Kairos-Palästina" Dokument als Christ, der seit vielen Jahren im christlich-jüdischen Dialog auf unterschiedlichen Ebenen engagiert war und ist - unter anderem habe ich 6 Jahre als Generalsekretär des Internationalen Rates der Christen und Juden (ICCJ) das internationale Netzwerk der christlich-jüdischen Gesellschaften betreut, dessen Mitgliedsorganisationen sich in Nord- und Südamerika, Europa, Israel, Australien und Neuseeland befinden. Der ICCJ hat immer wieder zu Ent-

wicklungen im Nahostkonflikt Stellung bezogen. Die Grundlage für seine Haltung zu diesem Konflikt lässt sich vielleicht am besten aus den von mir mitverfassten "Berliner Thesen" des ICCJ aus dem Jahr 2009 ablesen. Dort wird in Punkt 4 gesagt, dass wir "für den Frieden Jerusalems...beten", "Indem wir die Politik der israelischen und palästinensischen Institutionen kritisieren, wenn eine solche Kritik moralisch berechtigt ist, und zugleich die tiefe Bindung beider Gemeinschaften an das Land anerkennen." Dies ist ein klares Bekenntnis zu den geschichtlich gewachsenen Bindungen von beiden Gemeinschaften, von Juden und Palästinensern an das Land, an "Eretz Israel", "an "Palästina"/"Falastin".

Aus dieser Haltung erwächst für den ICCJ und seine Mitgliedsorganisationen gerade auch in Israel die Verpflichtung, dass "wir uns mit jüdischen, christlichen und muslimischen Friedensarbeitern, mit Israelis und Palästinensern, zusammentun, um Vertrauen und Frieden in einem Nahen Osten aufzubauen, in dem alle sicher in eigenständigen, lebensfähigen Staaten leben können, die auf internationalem Recht und garantierten Menschenrechten beruhen" (Berliner Thesen, Punkt 4).

In der Konsequenz dieser Haltung hat der ICCJ den direkten Kontakt auch zu den Autoren des Kairos-Papiers gesucht und einen Vertreter der Gruppe zu der internationalen ICCJ Tagung im Juli 2010 in Istanbul eingeladen. Dort hatten wir dann einen workshop über das Kairos Papier mit einem der Kairos Autoren: Fr. Jamal Khader. Nach der Begegnung mit Fr. Kahder und intensiven Diskussionen innerhalb des ICCJ schrieb der Internationale Rat der Christen und Juden eine Stellungnahme zum Kairospapier mit dem Titel "Habt Erbarmen mit den Worten" (Sie haben dieses ICCJ Papier in Ihren Tagungsunterlagen erhalten). In dieser Stellungnahme, die der ICCJ auch den Kairos-Autoren zugesandt haben, wendet sich der ICCJ gegen eine im Zuge des ungelösten Nahostkonflikts wachsende Polarisierung im interreligiösen Dialog und tritt für eine offene Debatte der unter anderem durch das Kairos-Papier aufgeworfenen ungelösten Probleme im Nahen Osten sowie kritischer Anfragen an das Kairos-Dokument ein. Die Kairos-Autoren haben in der bereits erwähnten Antwort an den ICCJ im Oktober letzten Jahres auch eine Einladung zu einem direkten Gespräch ausgesprochen und eine Zusammenkunft von Vertretern beider Seiten hat jetzt Anfang Mai in Beit Jala stattgefunden. Weitere Gespräche sind geplant.

Mein Beitrag jetzt wird einige der Punkt aus der ICCJ Stellungnahme zum Kairos-Papier aufnehmen ergänzt durch eigene Beobachtungen und Wahrnehmungen. - Ich spreche dabei nicht für alle Gliederungen und Gruppierungen des christlich-jüdischen Dialogs. Ich bin aber mit all den Freundinnen und Freunden im Dialog verbunden, die in der Auseinandersetzung mit den ungelösten Fragen des Nahostkonflikts ein zentrales Thema der christlich-jüdischen Zusammenarbeit sehen.

2. "Kairos-Palästina"

Wer sich der Sprache des Kairos-Dokuments nicht von vornherein verschließt, spürt wie hier in bewegenden und berührenden Worten ein Schrei nach Hoffnung zum Ausdruck kommt inmitten einer

in den letzten Jahren zunehmend zutiefst bedrückenden und unerträglichen Lage in Nahost, inmitten des katastrophalen Versagens von politisch Verantwortlichen aus den Konfliktparteien in Israel sowie bei palästinensischen Vertretern und Gruppierungen als auch im weiteren Umfeld im Nahen Osten. Inmitten dieser mangels politischer Perspektiven stagnierenden Situation sucht und findet das Kairos-Papier Zeichen der Hoffnung.

Als authentische Stimme palästinensischer Christen verdient dies Papier von allen Kirchen und allen mit dem Nahostkonflikt befassten Gemeinschaften mit größter Aufmerksamkeit gelesen zu werden. Ich finde es bewegend, wie hier inmitten erfahrener großer und umfassender Hoffnungslosigkeit festgehalten wird an dem Trost, an der Hoffnung und an der Ermutigung, die der christliche Glaube zu schenken vermag.

Zugleich aber nehme ich im Kairos Papier theologische Deutungen und politische Positionierungen wahr, die ich nicht einfach übernehmen kann und die bei mir Fragen und auch Kritik auslösen. Ich will versuchen, auch dies hier offen zu benennen.

2.1. Theologische Positionierungen

In schöpfungstheologischer Perspektive wird im Kairos Dokument betont, dass jeder Mensch als "Geschöpf Gottes" wahrgenommen werden soll und ihm entsprechend eine auf seine Person zu beziehende Würde zukommt (2-1). Das Tun jedes Menschen allerdings bleibt zu beurteilen und gegebenenfalls auch zu verurteilen. Es ist höchst eindrücklich zu lesen, wie auch dem politischen Gegner nicht abgesprochen wird, als "Bild Gottes" eine eigene Menschenwürde zu haben! In der Aufnahme der herausfordernden biblischen Vision vom Reich Gottes wird die Würde jedes Menschen auch auf den "Widersacher" im politischen Konflikt bezogen (3-4-2). Dies bietet eine starke Grundlage zum Überwinden von Feindbildern. Auf beiden Seiten des Konflikts leben Menschen, die bis heute darunter zu leiden haben, dass politisch Verantwortliche der unterschiedlichen Konfliktparteien lieber Feindbilder pflegen, als substantielle Schritte zur einer Politik einzuleiten, die die Würde und das Recht des jeweils Anderen in die eigenen Entscheidungen mit einbezieht.

In Bezug auf die "Heilige Schrift" der christlichen Kirchen betont das Kairos-Papier, dass beide Teile der christlichen Bibel, das Alte Testament und das Neue Testament zusammengehören (2-1-2) und schlägt Antworten vor auf die Frage: Wie kann im Angesicht des Nahostkonflikts die Bibel gelesen und ausgelegt werden? Die Autoren von Kairos entscheiden sich für eine klassische kirchliche Haltung: die christologische Interpretation der biblischen Texte und die in Christus begründete Universalisierung biblischer Verheißungen und Hoffnungen: das Land gehört Gott und soll allen, die dort leben, ein Leben in Gerechtigkeit und Frieden ermöglichen, wie in Punkt 2-3-1 ausgeführt wird.

Wir haben in den letzten Jahrzehnten gelernt - auch gerade durch den christlich-jüdischen Dialog -, dass das sogenannte „Alte Testament“ als hebräische Bibel, als "Tanach", uns in einzigartiger Weise mit dem Judentum verbindet. Wir haben gelernt, die christliche universale Interpretation der Bibel

nicht mehr gegen die partikulare Perspektive der jüdischen Tradition zu stellen. So kann ich in der Beschreibung des „universellen Auftrags des Landes“ (2-3) im Kairospapier eine christlich wohl begründete Auslegung biblischer Texte erkennen, während mir gleichzeitig die biblisch begründete partikulare Bindung des jüdischen Volkes an das Land bewusst ist. Ich kann dem Kairospapier zustimmen in der Ablehnung fundamentalistischer Bibelinterpretationen, die das Land exklusiv Juden zuschreiben wollen, ohne zu verdrängen, dass das Judentum eine jahrtausendealte Beziehung zu dem Land hat und dass all die Jahrhunderte nach der Zerstörung des alten Staates Israel durch die Römer das Land nicht nur in den jüdischen Gebeten präsent blieb, sondern Juden auch immer in dem Land gelebt haben. Und so fällt dann schon auf, dass das Kairosdokument in der Betonung der universellen christlichen Auslegung des "Ersten Testaments" zugleich über die jüdische Interpretation des "Tanach" schweigt. Der Leser von "Kairos" bleibt auf jeden Fall mit der Frage zurück, wie denn letztlich von den Autoren das Verhältnis der christlichen Lesart der Bibel zu der jüdischen Interpretation gesehen wird. Kann beides nebeneinander bestehen und miteinander ins Gespräch gebracht werden, oder soll die jüdisch-partikulare Auslegung für ungültig erklärt werden?

Ich hoffe, dass es gelingen kann, das „natürliche Recht“ der Palästinenser klar anzuerkennen, die - wie die Kairosautoren schreiben - als „freies Volk in unserem Land leben wollen“ (2-3-4), und dass wir zugleich in der Lage sind, „zu einem volleren Verständnis der tiefen Bindung des Judentums an das Land Israel als einer grundlegenden religiösen Perspektive“ zu gelangen, wie der ICCJ in seinen Berliner Thesen betont (4). Einen Ansatz dafür sehe ich in dem beeindruckenden Satz in Kairos Punkt 2-3-1: „Gott hat uns als zwei Völker hierher gestellt, und gibt uns, wenn wir es nur aufrichtig wollen, auch die Kraft, zusammenzuleben und Gerechtigkeit und Frieden zu schaffen, das Land wahrhaft in Gottes Land zu verwandeln“. Dieser Satz bietet die Möglichkeit, beide Traditionen und beide Bibelauslegungen, jüdisch und christlich-palästinensisch, anzuerkennen und sie miteinander ins Gespräch zu bringen.

Ich denke, es gibt einen großen Konsens unter uns in der Ablehnung fundamentalistischer Bibelauslegung, auch wenn das Kairosdokument hier unscharf bleibt und nicht konkret benennt, welche Bibelinterpretationen und welche „Theologen im Westen“ (2-3-3) hier gemeint sind, die von den Kairosautoren abgelehnt werden, weil sie die „frohe Botschaft“ in eine „steinerne“ Botschaft des „Todes und der Zerstörung“ (2-2-2, 2-3-3) verwandeln würden und weil sie möglicherweise gar "einen theologischen Deckmantel" für die Besetzung palästinensischer Gebiete bieten würden. Ich hoffe, dass die Diskussionen über das Kairospapier und auch die direkten Gespräche mit den Kairosautoren hier mehr Deutlichkeit bringen, auch in den weiteren geplanten Treffen der Autoren mit Vertretern des ICCJ.

Es ist in der Tat dringlich, dass innerhalb der Kirchen und innerhalb der jüdischen Gemeinden an einer sachgemäßen „Theologie des Landes“ weitergearbeitet wird – unter Aufnahme insbesondere der biblisch-prophetischen Perspektive, die das Wohnen im Land mit der Verpflichtetheit zu gerechtem Handeln verknüpft. Meine eigene Kirche, die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau (EKHN), wird gerade zu diesem Thema im August ein Seminar veranstalten.

Die Weiterarbeit an einer sachgemäßen „Landes-Theologie“ sollte nun nicht übersehen, dass es auch von islamischer Seite eine „Theologie des Landes“ gibt, die ebenfalls exklusive Gebietsansprüche zu verstärken vermag. Ich verweise hier nur auf Artikel 11 aus der Charta der Hamas:

"Die islamische Widerstandsbewegung glaubt, dass das Land Palästina eine islamische Stiftung („Waqf“) ist, künftigen muslimischen Generationen bis zum Tag des Gerichts geweiht. Es darf nicht leichtfertig weggegeben werden, kein einziger Teil davon; es darf nicht aufgegeben werden, kein einziger Teil davon. Weder ein einzelnes arabisches Land noch alle arabischen Länder, weder ein König noch ein Präsident, weder alle Könige und Präsidenten, weder eine einzelne Organisation noch alle, mögen sie palästinensisch oder arabisch sein, haben das Recht solches zu tun. Palästina eine islamische Stiftung, muslimischen Generationen bis zum Tag des Gerichts geweiht".

In der Tat: Religiös begründete Exklusivansprüche stehen den Bemühungen zum Ausgleich und Frieden im Weg. Ein Beispiel einer Vertreibungstheologie von israelischen Siedlern, die in einem Flugblatt mit Bibelversen und Koranzitaten das Land gänzlich für Juden fordern, hat uns Bischof Renz vorgelesen. Religiös begründete Exklusivansprüche machen die Arbeit an einer „Theologie des Landes“ dringend notwendig, die die Aufgabe hätte, das Potential der beteiligten Religionen zu Frieden und Gerechtigkeit herauszuarbeiten und Beiträge zur Überwindung der jeweiligen Exklusivansprüche zu leisten.

2.2. Politische Positionierungen

Die Besetzung der palästinensischen Gebiete bestimmt mit all ihren Folgen den Alltag der Palästinenser und diese Situation prägt nachvollziehbar die politische Perspektive des Kairosdokuments. Wenn man die Krisenregion besucht, wenn man die Berichterstattung auf den unterschiedlichsten Kanälen beobachtet, zu denen man heute in unserer multimedialen Welt Zugang haben kann, dann kann man gleichwohl nicht übersehen, dass andere wesentliche Aspekte des Nahostkonflikts ungenannt bleiben. Man kann und darf natürlich Entscheidungen der israelischen Sicherheitspolitik kritisieren, aber die Bedrohung Israels durch die Entwicklung der Atomtechnologie des Iran samt der begleitenden ideologischen Ausfälle, die Waffenlieferungen an Hisbollah, die Raketenangriffe von Seiten der Hamas, auch das sind wesentliche Faktoren des Konflikts, die nicht ausgeblendet werden können. Wir hören - auch in "Kairos" - die Narrative der Palästinenser: die arabische Geschichte des Landes, "Nakba", Besatzung, Blockade - wir hören in unseren Begegnungen mit Israelis auch deren Narrative: die jüdische Geschichte des Landes, Holocausterinnerungen, existentiell bedrohliche Kriege, anhaltende Bedrohungen durch Terror und Vernichtungsaufrufe. Angesichts der immer wieder durchbrechenden Einseitigkeit in den Handlungen und Entscheidungen der Konfliktparteien, empfinde ich besonders die Passagen im Kairospapier beachtenswert, die "den Anderen", den "Widersacher" in eine Zukunfts- und Hoffnungsperspektive mit einbeziehen (9-2) und auch selbstkritisch eigene Verantwortung und eigene Probleme benennen (z.B. der Hinweis auf die innerpalästinensischen Konflikte, 9-4).

Aus der (wenn auch nachvollziehbar) reduzierten und so aber einseitigen Analyse des Konflikts folgt im Kairospapier auch eine einseitige Handlungsempfehlung: die Empfehlung zum Boykott Israels. - Ein solcher Aufruf zum Boykott Israels aber weist Israel die alleinige Ursache des Konflikts zu und macht Israel allein für die Lösung dieses Konflikts verantwortlich. Von daher hat diese Empfehlung von Kirchen, jüdischen Vertretern und Dialogorganisationen deutliche Kritik und Zurückweisung erfahren. Auch in meiner Kirche, der EKHN, wird der Boykottaufruf abgelehnt - bei aller Wertschätzung des "Kairos"-Dokuments und der Forderung nach dem Einhalten von Menschenrechten und internationalen Abkommen, vor allem den Genfer Konventionen.

Statt Boykott und Divestment, die die Haltung der Einseitigkeit verstärken, können religiöse Gruppen, Kirchen und Friedensinitiativen Foren der Begegnung bieten und für Investitionen z.B. in die Bildungsarbeit und den interreligiösen Dialog eintreten zur besseren Wahrnehmung des jeweils Anderen, was vom Kairospapier ja eigentlich ausdrücklich gewünscht wird (9-2, 3-3-2). Kirchen, Dialoggruppen und andere Initiativen können Pädagogen, Wissenschaftler, Geistliche und viele andere aus den Konfliktparteien zu Begegnungen und Gesprächen einladen, um wirksame Beiträge zur Überwindung der vorherrschenden Einseitigkeit und der anhaltenden Pflege von Feindbildern zu leisten - damit wir dem Ziel näher kommen, das Kairos in 9-2 beschreibt: "gemeinsam an einer Zukunft in Frieden und Sicherheit zu bauen".

2. "Man greift zu Boykott, wenn die Politik versagt hat." Interview mit der in Berlin lebenden israelischen Friedensaktivistin Iris Hefets von Wiltrud Rösch-Metzler

Iris Hefets ist Israelin und lebt mit ihrer Familie seit neun Jahren in Berlin. Sie engagiert sich u.a. bei den "Kritischen Juden und Israelis in Berlin". Vom 20. bis 22. Mai war sie Referentin bei der Akade-

mietagung "Zeit zum Handeln: Konsequenzen aus dem Kairos-Palästina-Papier". Auf den im Kairos-Papier erwähnten Boykottaufruf an die internationale Gemeinschaft, antwortet sie positiv.

Frau Hefets, was müsste die israelische Regierung tun, um den Konflikt mit den Palästinensern zu lösen?

Erst einmal müsste sie es wollen. Ich glaube nicht, dass sie ein Interesse daran hat. Das Leben in Israel basiert darauf, dass man diesen Konflikt hat und ihn nutzen kann. Mit dem Konflikt begründet man die Einsparungen im Sozialhaushalt, z.B. ist das Kindergeld mittlerweile bei nur noch rund 25 Euro monatlich für jedes Kind. Aber Israel ist gleichzeitig auch ein Paradies für Investoren aus dem Ausland. Mitten in Jerusalem sind viele Wohnungen von Juden im Ausland gekauft worden, die darin nur wenige Wochen im Jahr leben. Die Mieten für Wohnungen in Jerusalem steigen dadurch, und die Armen müssen sich Wohnungen am Stadtrand suchen und gehen in die besetzten Gebiete. Die Siedlungen um Jerusalem herum sind eigentlich von armen Israelis bewohnt. Die Kluft zwischen arm und reich ist in Israel eine der höchsten der Welt. Kapital konzentriert sich in den Händen der etwa 20 reichsten Familien.

Auch in Deutschland hat sich die Kluft zwischen arm und reich verstärkt. Inwiefern hilft der israelischen Regierung der Konflikt mit den Palästinensern?

Israel ist kein großes Land, es muss deshalb in den besetzten Gebieten bauen, wenn Jerusalem mehr Wohnungen braucht. Wenn Deutsche z.B. auf Mallorca bauen wollen und es kolonisieren, können sich die Einwohner Mallorcas dagegen gesetzlich wehren. In den besetzten Gebieten haben die Palästinenser keine Rechte. Sie können nicht sagen, wir wollen nicht, dass hier Wohnungen von Israelis gebaut werden.

Wie wird das von der israelischen Gesellschaft gesehen? Vor kurzem gab es Demonstrationen in Tel Aviv für eine Zweistaatenlösung.

Die meisten Israelis sind von der Politik enttäuscht. Es ist eigentlich egal, wer gewählt wird: alle Regierungen haben fast die gleiche Politik betrieben. Immer wieder kommt ein Minister vor Gericht. Ehemalige Regierungsmitglieder gehen in die Privatwirtschaft und sind mit den oben genannten 20 Familien sehr verstrickt. Zusammen haben sie im Laufe der Zeit die Wirtschaft so privatisiert, dass es kaum Möglichkeiten gibt, sich z.B. für die elementaren Rechte im Rahmen einer Gewerkschaft zu organisieren. Es gibt Versuche, alternative Gewerkschaften zu gründen, was aber kompliziert ist. Gerichte bieten wenig Schutz. Wenn in Deutschland jemand kein Geld von seinem Arbeitgeber bekommt, kann er dies vor Gericht durchsetzen. In Israel ist es sehr aufwändig und die Entscheidung des Gerichts wird häufig nicht umgesetzt.

Ihre Einschätzung ist also eher, dass sich die Menschen in Israel von der Politik abwenden?

Die meisten Menschen sind mit existentiellen Problemen beschäftigt. Jerusalem ist eine der ärmsten Städte in Israel. Jedes dritte Kind in Israel lebt unter der Armutsgrenze. Wenn ein Elternteil Arbeit hat, sind die Gehälter meist niedrig. Das Leben ist teuer. Beim Autokauf z.B. zahlt man 100% Steuern.

Netanjahu hat vor kurzem noch einmal betont, dass er keinen Staat Palästina in den Grenzen von vor dem Sechs-Tage-Krieg 1967 will. Um was geht es ihm dann?

Es gibt psychologische Gewinne, solange man den Konflikt hat. Man kann dann sagen: Sie wollen keinen Frieden. Netanjahu hat recht, wenn er sagt, es geht jetzt nicht um die Zweistaatenlösung, es geht um 1948.

Wie meinen Sie das?

Es geht um die Vertreibung der Palästinenser, die schon vor der Staatsgründung Israels eingesetzt hat. Auch wenn man die Utopie der Zweistaatenlösung anstrebt, bleibt die Frage, was passiert mit den 20 Prozent Palästinensern in Israel und mit den palästinensischen Flüchtlingen. Es geht um die Konsequenzen, die damit verbunden sind, wenn man sagt, die Palästinenser wurden vertrieben. Bis jetzt leugnet die israelische Regierung, dass es die Nakba (Flucht und Vertreibung der Palästinenser) gab, um daraus nichts politisch abzuleiten. Wenn ich in einem Haus wohne, in dem vorher Palästinenser lebten, muss ich aber mit denen ins Gespräch kommen, auch wahrnehmen, dass ich eine Verbrecherin bin und nicht die gute liberale Europäerin, die ich mir einbilde, zu sein. Solange unsere Regierungen nicht in den palästinensischen Spiegel schauen, können sie die Illusion aufrecht erhalten: Wir sind nur Opfer, wir hatten keine andere Wahl. Diese Mythen werden verbreitet. Wir wurden belogen in der Schule insofern, als bei uns die Rede von einem leeren Land war, in dem wenige "Araber" lebten, die das Land vernachlässigten, bis endlich die Zionisten das Land erlösten.

Die israelische Regierung will per Gesetz erreichen, dass nicht mehr der Nakba gedacht wird. Was ist nun die Aufgabe kritischer Israelis?

Die wenigen, die es noch gibt, sollten ihre Stimme erheben, wir machen nicht mit, wir sehen uns nicht als Feinde der Palästinenser. Das ist nicht einfach. Vor einer Woche ist der über 70jährige Gideon Spiro, ein linker Autor, verhaftet worden, weil er schrieb, dass er für gewaltlosen Widerstand der Palästinenser ist, er aber auch denkt, dass er als Israeli nicht diktieren kann, wie Palästinenser ihren Widerstand leisten sollen.

Sie sind eine von wenigen Israelinnen, die einen kulturellen, akademischen und wirtschaftlichen Boykott israelischer Institutionen bzw. Waren fordern. Warum tun Sie das?

Ich glaube, eine Änderung Israels kann nicht mehr von innen kommen. Das hatte ich bis zum Gaza-Angriff 2008 geglaubt. Die israelische Gesellschaft ist doch sehr homogen, wenn 98 % der jüdischen Israelis denken, der völkerrechtswidrige Angriff auf Gaza sei richtig gewesen.

Ich habe auch Südafrika boykottiert. Man greift zu Boykott, wenn die Politik versagt hat. Boykott ist etwas, was aus der Gesellschaft kommt. Zwei Kassiererinnen hatten 1959 entschieden, dass sie keine Produkte aus Südafrika mehr kassieren möchten.

In Deutschland sehen viele einen Boykott israelischer Waren skeptisch. Sehen Sie das anders?

Es gibt einen "Disconnect" (Unverbundenheit) zwischen der deutschen Regierung und der deutschen Gesellschaft. In der deutschen Bevölkerung ahnt man, was die israelische Regierung tut, aber man darf nicht darüber sprechen. Man hört Leute sagen, ich fahre nicht nach Israel. Das wird nicht politisch begründet. Das Neue mit dem Boykott ist nun, dass der Grund benannt wird: Beispielsweise, wir fahren nicht, bis die Besatzung beendet ist.

Dass man in Deutschland vorsichtig darüber reden muss, sind die Ängste der Deutschen. Die Boykott, Investitionsstopp und Sanktionen (BDS) Kampagne ist aber eine palästinensische Kampagne. Egal, ob die Deutschen nun darüber sprechen wollen oder nicht, wird diese Kampagne von jungen Palästinensern, die weltweit aktiv sind, verbreitet. Sie zeigt bereits Auswirkungen. Israelische Akademiker fahren nicht mehr gerne nach England, und die Regierung erlässt bereits Gesetze gegen Meinungsäußerungen, die zum Boykott beitragen könnten, d.h. die Boykott Kampagne ist schon erfolgreich.

Was beobachten Sie in Deutschland?

In Deutschland kommt die BDS-Kampagne mehr und mehr an. CDUler, wie Richard von Weizsäcker und SPDler, wie Helmut Schmidt rufen zu Sanktionen gegen Israel auf. Verkehrsminister Ramsauer sagte, die Deutsche Bahn steigt aus einem gemeinsamen Projekt mit der israelischen Bahn aus, da diese eine Trasse zwischen Tel Aviv und Jerusalem baut, die durch besetztes Gebiet führt. Das sei gegen das Völkerrecht. Und es gibt mehr und mehr Menschen, die auf der Straße öffentlich zum Boykott israelischer Waren aufrufen. Dass die Partei Die Linke ihre Teilnahme am Boykott israelischer Waren verneint, ist ein Beweis dafür, dass Boykott im Diskurs ist und es legitimer wird, israelische Waren zu boykottieren. Wäre es nicht legitim und am Kommen, müsste man es nicht verneinen.

Wie reagiert die israelische Politik?

Die Presse propagiert: Wir werden isoliert, keiner will mit uns reden, wie es auch damals mit Südafrika war. Israel ist von Europa abhängig und weigert sich, sich in die Region zu integrieren. Es wird aber auch eng für Israel, weil es so viele Änderungen im Nahen Osten gibt, etwa wenn Ägypten nicht mehr so eng mit den USA kooperiert und nicht mehr bereit ist, weiterhin billig Erdgas an Israel zu liefern, oder die Gaza-Blockade mitzumachen. Diese Entwicklungen haben nichts mit Boykott zu tun.

Die israelische Regierung hat vor, Menschen, die zu Boykott aufrufen, zu bestrafen. Mit welchen Konsequenzen müssen diese Menschen rechnen?

Die israelische Regierung hat bereits Gegenkampagnen gestartet. Es gibt über Boykott Debatten im Parlament. Es gibt neue Gesetzesvorhaben, etwa ein Treueid auf den jüdischen Staat von Filmteams zu verlangen, die Finanzierung durch einen staatlichen Fonds bekommen. Oder ein Gesetz, das israelischen Staatsbürgern das Recht einräumt, Landsleute, die Kritik an der israelischen Politik üben, auszubürgern. Die neu geplanten und verabschiedeten Gesetze werden so breit formuliert, dass jeder,

der etwas geschrieben hat, das zu Boykott beitragen kann, sich strafbar machen kann. Nach diesem Gesetz kann Israel einem Ausländer zehn Jahre lang die Einreise verweigern. Israelische Bürger können angeklagt werden und müssen mit einer Geldstrafe und einem Jahr Gefängnis rechnen. Nach dem Treue-Gesetz, kann man ausgebürgert werden, was von den meisten Bürgern unterstützt wird. Diese Gesetze werden gemacht, um die Israelis einzuschüchtern. Liebermann ist auf dieser Plattform gewählt worden: Ohne Treue gibt es keine Staatsbürgerschaft.

Wird es damit gelingen, Boykott-Aufrufe zu stoppen?

Ich glaube nicht, weil die Boykottaufrufe eher von den Palästinensern selber kommen und vom Ausland. Die Menschen, die viel riskieren sind jene, die in Israel leben. Wenn sich Israel von rund 200 Leuten bedroht fühlt, so würde sich auch an der Lage nichts ändern, wenn diese schweigen. Das Problem ist die israelische Politik. Israel muss mit seinen Nachbarn klarkommen, nicht mit Angela Merkel. Und egal ob man zu Boykott aufruft oder nicht, die Angstschranke in der arabischen Welt ist gefallen.

Wiltrud Rösch-Metzler ist Vizepräsidentin von pax christi

3. Kaum bei uns bekannt:

„Die Schlussfolgerungen des Rates der Europäischen Union für Auswärtige Angelegenheiten vom 12. Dezember 2009 zum Nahost-Friedensprozess“ und die Ungeduld ehemaliger europäischer SpitzenpolitikerInnen ein Jahr danach

26 ehemalige europäische SpitzenpolitikerInnen, u. a. Helmut Schmidt und Richard von Weizsäcker aus Deutschland, aber auch z. B. die Ex-Premiers van Agt, Amato, Gonzales, Jospin und Prodi wie auch die ehemalige Präsidentin Robinson stellten im Dezember 2010 in einem Brief an den EU-

Ratspräsidenten, die Hohe Vertreterin des EU für Außen- und Sicherheitspolitik sowie an die EU-Staats- und Regierungschefs und die Außenminister der EU-Staaten fest, dass seit den „Schlussfolgerungen“ von 2009 eine Lösung des Konflikts nicht nähergekommen ist. Der Brief an den Europarat wird im Folgenden in deutscher Übersetzung abgedruckt.

www.hintergrund.de/201105021525/politik/politik-eu/brief-an-den-praesidenten-des-europarates.html

Brief an den Präsidenten des Europarats

Hermann van Rompuy, EU-Ratspräsident (vom 2. Dezember 2010)

Lady Catherine Ashton, Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik /Erste Vizepräsidentin der Europäischen Kommission (v. 2. Dezember 2010)

cc EU- Staats- und Regierungschefs (v. 6. Dezember 2010)

EU-Minister für Auswärtige Angelegenheiten(v. 6. Dezember 2010)

AB: Gruppe ehemaliger europäischer Führungspersonen (EFLG)

Anwendung der Schlussfolgerungen des Rates zu dem Nahost-Friedensprozess

Das Jahr 2011 wird von entscheidender Bedeutung sein, da über das Schicksal des Nahen Ostens entschieden wird, vielleicht für viele kommenden Jahre.

Am 8. Dezember 2009 nahm der Rat der Europäischen Union für Auswärtige Angelegenheiten einen Schriftsatz an, der aus 12 "Schlussfolgerungen des Rates zu dem Nahost-Friedensprozess" besteht. Dieses Dokument, im Wesentlichen ein kollektiver europäischer Blueprint zur Lösung des arabisch-israelischen Konfliktes, legte die Voraussetzungen für einen umfassenden Frieden, einschließlich einer Zwei Staaten-Lösung für den israelisch-palästinensischen Konflikt dar, klar und prägnant. Es legte auch etliche Maßstäbe fest. Weiter erkannte der Rat an, dass der Nahost-Frieden nicht nur im grundlegenden Interesse der Parteien in der Region liegt, sondern auch im Interesse der Europäischen Union selbst. Mit dieser Ausführung erwarb die EU wesentliches Interesse und weckte Erwartungen im Hinblick auf ihre Fähigkeit, den Friedensprozess nach vorne zu bringen. Sie formulierte in der Tat das, was die gesamte internationale Gemeinschaft, einschließlich der derzeitigen Regierung der Vereinigten Staaten, offenbar für das Richtige hält.

Nun ist ein Jahr vergangen und wir scheinen einer Lösung dieses Konfliktes nicht nähergekommen zu sein. Im Gegenteil, die Entwicklungen vor Ort, vor allem die Fortführung der Siedlungspolitik in den besetzten palästinensischen Gebieten (OPT), einschließlich Ost-Jerusalem, stellen eine existentielle Bedrohung der Chancen auf einen souveränen, zusammenhängenden, lebensfähigen palästinensischen Staat, der auch Gaza umfasst, dar und dadurch auch eine entsprechende Bedrohung für die Zwei-Staaten-Lösung des Konfliktes.

Aufgrund dieser Situation, die ein Handeln dringend erforderlich macht, halten wir es für eine Sache der fundamentalen Glaubwürdigkeit, dass der Rat die Grundsätze und Voraussetzungen, die er im Dezember 2009 formuliert hat, wieder aufgreift und weitere Schritte nach vorne auf ihrer Sitzung festlegt, die für den 13. Dezember 2010 anberaumt ist. Außer der erneuten Bestätigung der Rahmenbedingungen und Grundsätze, die er im Dezember 2009 kollektiv angenommen hat, halten wir es für unerlässlich, dass der Rat auch konkrete Maßnahmen festlegt, um seine vereinbarte Politik umzusetzen und sich so auf die Erfüllung der vereinbarten Ziele hinbewegt. Europa kann es sich nicht leisten, dass die Anwendung dieser politischen Grundsätze unterlassen beziehungsweise noch einmal verzögert wird. Die Zeit für die Gewährleistung eines nachhaltigen Friedens zerrinnt schnell.

Unter Einbeziehung der Schlussfolgerungen des Rates, vom Dezember 2009, führen wir unten Wege und Mittel auf, um diese in die aktuelle Politik zu übertragen.

1. wie vom Rat im Dezember 2009 festgesetzt:

Der Rat der Europäischen Union ist ernsthaft besorgt über den Mangel an Fortschritten im Nahost-Friedensprozess. Die Europäische Union fordert die dringende Wiederaufnahme der Verhandlungen, die innerhalb eines vereinbarten Zeitrahmens zu einer Zwei-Staaten-Lösung, dem Staat Israel und einem unabhängigen, demokratischen, zusammenhängenden und lebensfähigen Staat Palästina führt, die (beide) Seite an Seite in Frieden und Sicherheit leben. Ein umfassender Frieden, der im elementaren Interesse der Parteien in der Region und der EU liegt, muss auf der Basis von maßgeblichen Resolutionen des UN-Sicherheitsrates, dem Madrider Abkommen einschließlich "Land für Frieden", der Roadmap, den bisherigen Vereinbarungen der Parteien sowie der Arabischen Friedensinitiative erreicht werden.

Wir haben die Wiederaufnahme von bilateralen Verhandlungen unter amerikanischer Schirmherrschaft im September 2010 begrüßt. Nur eine verhandelte Zwei-Staaten-Lösung wird die Sicherheitsbedürfnisse beider Seiten befriedigen. Wir haben jedoch große Bedenken, dass es den derzeitigen Gesprächen an klaren Rahmenbedingungen oder Richtlinien mangelt und dass sie, sobald sie begonnen haben, abreißen, in erster Linie aufgrund des von Israel fortgesetzten Siedlungsbaus.

Auch wenn Anreize (z. B. die Lieferung von hochentwickelter Militärausrüstung) Israel dazu bringen könnten, einen Teil der Siedlungsaktivitäten für einen begrenzten Zeitraum einzufrieren, um eine Fortsetzung der Gespräche zu ermöglichen, gibt es keine Garantie, dass diese ein umfassendes Abkommen ergeben, so dass der Konflikt im nächsten Jahr gelöst ist. Darüber hinaus beinhalten diese Anreize Maßnahmen, die, wie die Palästinenser annehmen, ihre Souveränität bei jedem Endabkommen einschränken könnten.

Es ist besonders klar, dass ohne einen schnellen und drastischen Schritt, um die permanente Verschlechterung der Situation in dem Gebiet aufzuhalten, eine Zwei-Staaten-Lösung, die einzig verfügbare Option für eine friedliche Lösung dieses Konfliktes, immer schwieriger zu erreichen ist.

Wir glauben, dass dies zu größten Bedenken veranlasst. Deshalb empfehlen wir, dass die EU in Kooperation mit den Vereinigten Staaten, der UN, der russischen Föderation, der Arabischen Liga und anderen interessierten Parteien einen konkreten und umfassenden Lösungsvorschlag für diesen Konflikt voranbringt, der einen klaren Zeitrahmen für einen erfolgreichen Abschluss dieser Verhandlungen auf der Basis weitreichender Grundsätze beinhaltet, die von den oben genannten Parteien und der internationalen Gemeinschaft als Ganzes vereinbart werden.

Wir sind der Ansicht, dass die EU bei ihrer Ratssitzung im Dezember 2010 ein Datum fixieren sollte, ab dem sie weitere Schritte einleitet. Sie könnte zum Beispiel sagen, dass der Rat, falls keine Fortschritte bis zu der Sitzung, die für April 2011 angesetzt ist, erzielt werden, keine Alternative hat, als die Angelegenheit der internationalen Gemeinschaft zu übergeben, damit diese Maßnahmen in die Wege leiten kann, um eine Vision und eine Strategie zur Lösung dieses Konfliktes zu definieren.

2. wie vom Rat im Dezember 2009 festgelegt:

Der Rat bekräftigt nochmals seine Unterstützung der Bemühungen der Vereinigten Staaten zur Wiederaufnahme der Verhandlungen zu allen Themen des Endstatus, einschließlich Grenzen, Jerusalem, Flüchtlingen, Sicherheit und Wasser, unter Einhaltung vorheriger Abkommen und Vereinbarungen. Die Europäische Union wird keinerlei Änderungen der Grenzen vor 1967, außer den bereits von beiden Parteien zuvor vereinbarten, anerkennen. Das gilt auch für Jerusalem. Der Rat wiederholt die Bereitschaft der EU, sich substantiell an Maßnahmen nach Beendigung des Konflikts zu beteiligen, die die Tragfähigkeit der Friedensabkommen gewährleisten. Er wird die Arbeit der EU in den Bereichen Staatsaufbau, regionale Angelegenheiten, Flüchtlingen, Sicherheit und Jerusalem fortsetzen. Der Rat betont die Notwendigkeit, das Engagement des Quartetts neu zu beleben und unterstreicht besonders, wie wichtig und entscheidend eine aktive arabische Beteiligung im Hinblick auf die Arabische Friedensinitiative ist.

Wie hier angegeben, ist die EU bereit, substantiell bei den friedensbildenden und stärkenden Maßnahmen mitzuwirken, sobald die Parteien sich über die Einzelheiten einig sind. Trotzdem fährt die israelische Regierung damit fort, einseitige Maßnahmen vor Ort zu unternehmen, die den Ausgang nicht nur präjudizieren, sondern eventuell sogar substantielle Verhandlungen bezüglich vieler der oben erwähnten Themen des Endstatus verhindern.

Als Antwort auf diese Maßnahmen empfehlen wir, dass die EU ihre Haltung nochmals bekräftigt, keinerlei Änderungen des Grenzverlaufs von Juni 1967 anzuerkennen und klarstellt, dass ein palästinensischer Staat die souveräne Kontrolle über ein Gebiet innehaben sollte, dass zu 100% dem im Jahre 1967 besetzten Gebiet, einschließlich seiner Hauptstadt, Ost-Jerusalem, entsprechen sollte. Nur geringe und beiderseitige Nachbesserungen, die die Parteien eventuell vereinbaren, könnten legitim anerkannt werden.

3. wie von dem Rat im Dezember 2009 festgelegt:

Die EU steht bereit, um ihre bilateralen Beziehungen mit der palästinensischen Autorität weiter zu entwickeln, die gemeinsame Interessen widerspiegeln, einschließlich der Rahmenbedingungen der europäischen Nachbarschaftspolitik. Indem der Rat an die Berliner Erklärung erinnert, bekräftigt er auch, dass er alle Verhandlungen, die zu einem palästinensischen Staat führen, und ebenso alle Maßnahmen und Schritte, die zu einem Ende des Konflikts führen, unterstützt. Weiterhin bekräftigt er seine Bereitschaft zur Anerkennung eines palästinensischen Staates, wenn es angebracht ist. Er wird auch weiterhin am Aufbau eines palästinensischen Staates mitwirken, sowohl mit Hilfe seiner GSVP-Missionen (Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungs-Politik der EU) als auch innerhalb des Quartetts. Die EU unterstützt voll und ganz die Realisierung des Regierungsplans der palästinensischen Autorität "Palästina, Beendigung der Besatzung, Errichtung eines Staates" als wesentlichen Beitrag zur Beendigung des Konfliktes und wird auf eine erweiterte internationale Unterstützung dieses Planes hinarbeiten.

Die palästinensische Autorität hat einen beeindruckenden Fortschritt bei der Realisierung ihres Regierungsplans und der Entwicklung einer Infrastruktur für einen palästinensischen Staat erzielt. Die Unterstützung und Mitwirkung der EU hat entscheidend zu diesem Erfolg beigetragen. Bis heute haben

die EU und ihre Mitgliedsstaaten einige acht Billionen Euro in den Friedensprozess investiert, vorwiegend in Form einer finanziellen Unterstützung der palästinensischen Autorität, der palästinensischen Institutionen und der Entwicklung der Infrastruktur in den besetzten Gebieten. Indem die EU der Hauptspender hierbei ist, unterstreicht sie das bedeutende europäische Interesse an der Errichtung eines palästinensischen Staates und der Realisierung der Zwei-Staaten-Lösung.

Weil die palästinensische Autorität existiert und unter israelischer Militärbesatzung agiert, kann man nicht erwarten, dass die Palästinenser ihren Staat, sowohl politisch als auch wirtschaftlich, ohne weitere internationale Mithilfe errichten.

Deshalb ist es unsere tiefste Überzeugung, dass die EU pro-aktiver handeln muss in Bezug auf ihre Beziehungen mit der USA, Israel und anderen, um die Erreichung dieses Zieles voranzutreiben.

4. wie vom Rat im Dezember 2009 festgesetzt:

Indem der Rat die Position der EU, wie bei dem Assoziierungsrat im Juni 2009 zum Ausdruck gebracht, in Erinnerung ruft, bekräftigt er nochmals seine Bereitschaft zum weiteren Ausbau seiner bilateralen Beziehungen zu Israel innerhalb der Rahmenbedingungen der ENP (Europäische Nachbar-Politik). Die EU bekräftigt ihre Verpflichtung hinsichtlich der Sicherheit Israels und seine vollständige Integrierung in der Region, für die ein Frieden zwischen Israel und seinen Nachbarn die beste Garantie ist.

In den letzten 12 Monaten hat die EU ständig ihre bilateralen Beziehungen zu Israel innerhalb der Rahmenbedingungen der ENP weiter entwickelt, mit zusätzlicher Unterstützung durch andere Foren, wie z. B. Israels Beitritt zur OECD. Trotzdem hat Israel den Siedlungsbau in den besetzten Gebieten, einschließlich Ost-Jerusalem, fortgesetzt und sich geweigert, ernsthaft über ein Ende der Besetzung und die Errichtung eines unabhängigen und souveränen Palästinenserstaates zu verhandeln.

Die EU hat immer behauptet, dass die Siedlungen illegal sind, hat aber nie Konsequenzen an eine fortgesetzte und systematische israelische Siedlungsausweitung in den besetzten Gebieten, einschließlich Ost-Jerusalem, geknüpft.

Wir sind daher zutiefst überzeugt, dass die EU völlig klar formulieren muss, dass jegliche Erweiterung und Aufwertung des EU-Israel-Assoziierungsabkommens und anderer bilateraler Vereinbarungen und Programmen nur erfolgen darf, wenn die Siedlungsaktivitäten eingefroren werden.

Wir empfehlen der EU weiterhin eindringlichst, die gesetzlichen Konsequenzen für die EU zu prüfen, im Hinblick auf Israels kontinuierliche Anwendung bilateraler Abkommen bezüglich der Israelis und israelischen Entitäten in den besetzten Gebieten, d. h. in Gebieten außerhalb der international anerkannten Grenzen des Staates Israel. Wir halten es für notwendig, dass die EU diesen Vereinbarungen Sicherheitsklauseln hinzufügt, die die Anwendung (der bilateralen Abkommen) in den besetzten Gebieten ausschließt, um sicherzustellen, dass Entitäten, die gegen das internationale Recht verstoßen und von der EU-Politik als gesetzeswidrig eingestuft werden, wie z. B. die Siedlungen, von europäischen Privilegien ausgeschlossen sind und durch deren Bereitstellung weder gefördert, noch legitimiert werden. Wir halten es für erforderlich, dass die EU den Import von Siedlungsprodukten, die gegen die EU-Kennzeichnungsvorschriften verstoßen, indem sie als "Ursprungsland Israel" gekennzeichnet sind, einstellt. Wir halten es einfach für inakzeptabel, dass solche Produkte sich immer noch der Vergünstigungen durch die Präferenz-Handelsabkommen zwischen der EU und Israel erfreuen.

5. wie durch den Rat im Dezember 2009 festgesetzt:

Indem der Rat weitere konkrete vertrauensbildende Maßnahmen stärkt, hat er die kürzliche Entscheidung der Regierung von Israel für eine teilweise und zeitliche Siedlungseinfrierung als einen ersten Schritt in die richtige Richtung positiv zur Kenntnis genommen und hofft, dass dies zu einer Wiederaufnahme von aussagekräftigen Verhandlungen führt.

Die teilweise zeitliche Aussetzung des Siedlungsbaus durch die israelische Regierung läuft im September 2010 aus. Israel hat seitdem sowohl den Bau von ca. 2000 neuen Siedlungseinheiten fortgesetzt als auch angekündigt, besonders in Ost-Jerusalem und Umgebung.

Seit Jahrzehnten hat die EU eindeutig festgelegt, dass die Siedlungen in den besetzten Gebieten gesetzeswidrig sind. Trotzdem setzt Israel weiterhin den Bau fort. Wie jeder andere Staat sollte auch Israel für seine Handlungen zur Rechenschaft gezogen werden, ansonsten steht die Glaubwürdigkeit der EU auf dem Spiel.

6. wie von dem Rat im Dezember 2009 festgelegt:

Entwicklungen vor Ort spielen eine wichtige Rolle im Zusammenhang mit erfolgreichen Verhandlungen. Der Rat bekräftigt, dass Siedlungen und der Trennzaun auf besetztem Land errichtet wurden und ebenso wie die Zerstörung von Häusern und Vertreibungen gegen internationales Recht verstoßen, ein Hindernis für den Frieden darstellen und die Realisierung einer Zwei-Staaten-Lösung unmöglich machen. Der Rat ermahnt Israel nachdrücklich zur sofortigen Einstellung aller Siedlungsaktivitäten, sowohl in Ost-Jerusalem als auch in dem Rest der Westbank, einschließlich des "natürlichen Wachstums" (der Siedlungen) und sämtliche Aussenposten abzureißen, die seit März 2001 errichtet wurden.

Die EU-Position hätte nicht deutlicher sein können, aber – wie wir bereits oben argumentiert haben – hat sie, angesichts der Zuwiderhandlungen und der Missachtung durch Israel, versäumt, entsprechend zu handeln. Dies unterminiert die EU und ihre Glaubwürdigkeit bei der Aufrechterhaltung des internationalen Rechts.

7. wie von dem Rat im Dezember 2009:

Die EU begrüßt Israels Schritte, die Bewegungsbeschränkung in der Westbank zu erleichtern, was zu dem Wirtschaftswachstum beigetragen hat. Der Rat fordert weitere anhaltende Verbesserungen im Hinblick auf Bewegungsfreiheit und Zugang und hat zur Kenntnis genommen, dass viele Checkpoints und Straßenblockierungen am Platz geblieben sind. Der Rat fordert auch von der palästinensischen Autorität, ihre Bemühungen im Hinblick auf Gesetz und Ordnung zu verbessern.

Im Hinblick auf diese Schlußfolgerung sollte der Rat einen Maßstab angeben, den er zugrunde legt, um festzustellen, ob die Parteien ihre entsprechenden Aufgaben erfüllt oder verfehlt haben, um die Entwicklung der palästinensischen Wirtschaft und die Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung innerhalb der besetzten Gebieten zu ermöglichen.

8. wie vom Rat im Dezember 2009 festgelegt:

Der Rat ist zutiefst besorgt aufgrund der Situation in Ost-Jerusalem. Angesichts der kürzlichen Ereignisse fordert sie von allen Parteien, sich von provokativen Aktionen fernzuhalten. Der Rat erinnert daran, dass er niemals die Annektierung von Ost Jerusalem anerkannt hat. Wenn es dort einen echten Frieden geben soll, muss ein Weg mittels Verhandlungen gefunden werden, um den Status von Jerusalem als zukünftige Hauptstadt von zwei Staaten zu beschließen.

Der Rat fordert die Wiedereröffnung der palästinensischen Institutionen in Jerusalem im Einklang mit der Roadmap. Er fordert die israelische Regierung ebenso auf, alle diskriminierenden Behandlungen von Palästinensern in Ost Jerusalem einzustellen.

Die Situation in Ost Jerusalem hat sich im letzten Jahr weiterhin verschlechtert, zum Beispiel aufgrund von erzwungenen Vertreibungen palästinensischer Familien aus ihren Häusern, und stellt heutzutage das kritischste Spannungsfeld und die größte Bedrohung einer Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes dar.

Deshalb sind wir der Meinung, dass eine hochrangige EU-Delegation, angeführt durch den Hohen Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik einschließlich der EU-Außenminister, Ost Jerusalem besuchen sollte, als Dringlichkeitsangelegenheit, um die Aufmerksamkeit auf die Erosion der palästinensischen Präsenz dort zu lenken und anschließend mit einer Agenda von Vorschlägen der EU Bericht zu erstatten, wodurch eine Verschlechterung der Lage vor Ort aufgehalten oder vermieden wird.

9. wie vom Rat im Dezember 2009 festgelegt:

Zutiefst besorgt über die Situation in Gaza, drängt der Rat auf die vollständige Erfüllung der Resolution 1860 des UN-Sicherheitsrates und die vollständige Einhaltung des humanitären Völkerrechts. In diesem Zusammenhang ist die fortgesetzte Blockade-Politik inakzeptabel und politisch kontraproduktiv. Sie hat den privaten Wirtschaftszweig vernichtet und die natürliche Umgebung geschädigt, insbesondere Wasser und andere natürliche Ressourcen. Die EU wiederholt erneut ihre Forderung nach einer sofortigen, anhaltenden und bedingungslosen Öffnung der Übergänge hinsichtlich des Verkehrs von humanitären Hilfs- und Wirtschaftsgütern sowie Personen nach und aus Gaza. In diesem Zusammenhang fordert der Rat die vollständige Umsetzung des Abkommens über Bewegungsfreiheit und Zugang. Während die Extremisten von der derzeitigen Lage profitieren, leidet die Zivilbevölkerung, die Hälfte davon ist unter 18 Jahren. Der Rat erkennt uneingeschränkt Israels legitime Sicherheitsbedürfnisse an und setzt seine Forderung nach einer vollständigen Einstellung jeglicher Gewalt und des Waffenschmuggels nach Gaza fort. Der Rat fordert diejenigen, die den entführten israelischen Soldaten, Gilad Shalit, festhalten, auf, ihn unverzüglich freizulassen.

Da die EU die Blockade des Gazastreifens als "inakzeptabel und kontraproduktiv" erachtet hat und die vollständige Erfüllung des Abkommens über Bewegungsfreiheit und Zugang gefordert hat, sollte sie nun Wege finden, um die Grenzen Gazas für den normalen Waren- und Personenverkehr zu öffnen, einschließlich dem zwischen Gazastreifen und Westbank. Nirgends in den Schlussfolgerungen des Rates von 2009 macht er Schritte dieser Art, bedingt durch die inner-palästinensischen Unstimmigkeiten in Bezug auf die Kontrollen der Grenzen. Die EU könnte deshalb die Führung hinsichtlich der Findung einer zeitweisen Lösung übernehmen, bis eine palästinensische Einheitsregierung oder eine andere Form einer palästinensischen Einigung bezüglich des Managements der internen Verwaltung in Gaza gebildet wird.

10. Wie vom Rat im Dezember 2009 festgelegt:

Der Rat fordert alle Palästinenser auf, die Aussöhnung unter Führung von Präsident Mahmoud Abbas und die Vermittlungsbemühungen Ägyptens und der Arabischen Liga zu unterstützen und eine dauerhafte Teilung zwischen der Westbank einschließlich Ostjerusalem und dem Gazastreifen zu verhindern. Der Rat würde die Organisation von freien und fairen palästinensischen Wahlen begrüßen, sobald die Gegebenheiten dies erlauben.

Die EU könnte zu der Lösung bezüglich palästinensischer Differenzen beitragen, indem sie betont, dass sie sehr an der Förderung einer demokratischen palästinensischen Gesellschaft durch den Pro-

zess der Bildung einer Nation (anstatt nur einen Staat und eine Institution aufzubauen) interessiert ist und indem sie positive Wege genau erklärt, bei denen die Bildung einer palästinensischen Einheitsregierung mit allen Parteien, die sich zu einem Waffenstillstand verpflichten, begrüßt würde und Entwicklungshilfe gleichermaßen nach Gaza und in die Westbank fließen würde.

11. wie vom Rat im Dezember 2009 festgelegt:

Ein umfassender Frieden muss eine Einigung zwischen Israel und Syrien sowie zwischen Israel und dem Libanon beinhalten. Was die syrische Schiene betrifft, so begrüßt die EU die jüngsten Erklärungen von Israel und Syrien, in denen beide ihre Bereitschaft bekräftigen, in Richtung Frieden voranzukommen und unterstützt alle Bemühungen zur Wiederbelebung der Gespräche zwischen den beiden Ländern.

Außer der erneuten Bekräftigung der Wichtigkeit dieser Schlussfolgerung könnte die EU auch vor dem Potential der derzeitigen Krise im Libanon warnen, die außer Kontrolle geraten könnte und Wege aufzeigen, um dies zu verhindern.

12. Wie vom Rat im Dezember 2009 festgelegt:

Die EU erinnert erneut daran, dass eine umfassende Beilegung des arabisch-israelischen Konflikts eine regionale Annäherung erfordert, und sie wird ihr Werk im Sinne der Ratsbeschlüsse vom Juni 2009 fortsetzen, indem sie alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel dazu einsetzt. Die EU appelliert auch an alle regionalen Akteure auf, vertrauensbildende Maßnahmen zu ergreifen, um zu gegenseitigem Vertrauen zu animieren, und ermutigt die arabischen Länder, entgegenkommend zu sein und die Palästinensische Autonomiebehörde und die palästinensischen Flüchtlinge mit Hilfe der UNRWA sowohl politisch als auch finanziell zu unterstützen.

Zum Schluss möchte unsere Gruppe darauf hinweisen, dass die EU-Investition in den Aufbau der Fundamente für eine Zwei-Staaten-Lösung in den letzten beiden Jahrzehnten sehr beträchtlich waren, nicht zuletzt durch das Geld der EU-Steuerzahler. Die EU sollte sämtliche Maßnahmen ergreifen, die ihr zur Verfügung stehen, um diese Investierung zu rechtfertigen und im echten Interesse Europas handeln. Aber wenn kein politischer Fortschritt erzielt wird, wären weitere Ausgaben –mit Ausnahme der für humanitäre Zwecke – wertlos. Unter diesen Umständen sollte von Israel verlangt werden, seine Verpflichtungen als Besatzungsmacht zu erfüllen. Aber weitreichende Dinge wiegen mehr als verschwendete Ausgaben. Auf dem Spiel stehen nicht nur die EU-Beziehungen zu den Parteien, die direkt in den Konflikt involviert sind, sondern auch die EU-Beziehungen zu der weiteren arabischen Gemeinschaft, mit der die EU positive diplomatische Handelsbeziehungen unterhält.

Wir glauben, dass viele Araber und prominente Israelis gerne sähen, wenn die EU eine aktivere Rolle bei der Lösung des Konflikts einnähme und ihre festgelegte Position realisierte. Hocharrangige Persönlichkeiten in den Vereinigten Staaten signalisieren uns ebenso, dass der beste Weg, um die Bemühungen von Präsident Obama zu unterstützen, eine Bewertung der Verhaltensweisen und der Politik ist, die im Widerspruch zu denen stehen, die der US-Präsident selbst befürwortet hat. Wir sehen, dass überall die Erwartungen steigen, dass Europa zu seinen Verpflichtungen stehen und aktive Schritte unternommen wird, um die Verantwortung mit anderen Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft zu teilen und in diesem kritischen Moment auf Gerechtigkeit und Frieden hinzuarbeiten.

Unterschriften:

Ehem. Vizepräsident der Europäischen Kommission Chris Patten, ehem. Außenminister Hubert

Védrine, ehem. Premierminister Adreas van Agt, ehem. Finanzminister und ehem. Vizepräsident der Europäischen Kommission Frans Andriessen, ehem. Premierminister Guilliano Amato, ehem. Minister und ehem. Stellvertretender Premierminister Laurens Jan Brinkhorst, ehem. Außenminister und ehem. EU-Kommissionar Hans van den Broek, ehem. Außenminister Hervé De Charrette, ehem. Außenminister Roland Dumas, ehem. Europäischer Kommissionar Benita Ferrero-Waldner, ehem. Premierminister Felipe Gonzales, ehem. Außenminister Teresa Patricio Couveia, ehem. Stellvertretender Ministerpräsident Lena Hjelm-Wallén, ehem. Premierminister Lionel Jospin, ehem. Minister und Senator Jean Francois-Poncet, ehem. Präsident der EU-Kommission und ehem. Premierminister Romano Prodi, ehem. Präsidentin Mary Robinson, Vorsitzende der Schwedischen Sozialdemokratischen Partei Mona Sahlin, ehem. Bundeskanzler Helmut Schmidt, ehem. Minister und Parlamentsmitglied Clare Short, ehem. Hoher Vertreter für Gemeinsam Außen- und Sicherheitspolitik Javier Solana, ehem. Premierminister Thorvald Stoltenberg, ehem. Generaldirektor der WTO Peter D. Sutherland, ehem. Außenminister Erkki Tuomioja, ehem. Präsident Vaira Vike-Freiberga, ehem. Bundespräsident Richard von Weizsäcker.

(engl. Originaltext aus dem Büro von Richard von Weizsäcker, ins Deutsche übersetzt v. Inga Gelsdorf)